

## **Beschluss des Landrats vom 28.11.2019**

Nr. 287

### **24. Bildungsoffensive 2025: Effektivere Führungsstrukturen auf allen Schulstufen** 2019/624; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

**Roman Brunner** (SP): «Wasser in den Rhein oder Eulen nach Athen tragen» – es gibt viele Redewendungen für etwas Überflüssiges. Eulen sind auch das Symbol für die Weisheit, was dieser Vorstoss nicht ist. Die im Postulat geforderte Überprüfung der Führungsstruktur ist im Rahmen des grossangelegten Prozesses «avanti BKSD» bereits im Gange. Die FDP-Vertreter in der Bildungskommission sind darüber im Bild.

Die Gemeinden, die als Träger der Primarschulen zu einem grossen Teil betroffen sind, sind am Dialog beteiligt und in den Prozess eingebunden, wie dies auch andere Anspruchsgruppen sind. Das Postulat ist nicht nötig. Eine Überweisung hat keinen Mehrwert zur Folge. Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Überweisung dieses und des folgenden Postulats ab.

**Andrea Heger** (EVP) schliesst sich dem Votum von Roman Brunner an. Auch die Grüne/EVP-Fraktion ist der Ansicht, das Postulat behandle einige Aspekte, die sich bereits in Prüfung befinden. Zudem führt dieser Vorstoss in eine Richtung, welche die Fraktion nicht unterstützt, weshalb die Überweisung nicht unterstützt wird. Dem Vorstoss ist ein grosses Misstrauen vor allem gegenüber dem Schulrat zu entnehmen. Regierungsrätin Monica Gschwind redet immer von einer exzellenten Schule. Gemäss dem Postulat sollen Schulen hierarchischer und direkter geführt werden. Der Schulrat ist aber nahe bei den Menschen und mit der Umgebung vertraut. Der Weg zur Schulleitung ist auch kürzer. Für die Arbeit des Schulrats ist oftmals gesunder Menschenverstand wichtig. Es braucht nicht überall Juristinnen oder Juristen. Es werden im Postulat sogar Anforderungsprofile gewünscht. Die Frage stellt sich, ob dies bei anderen zu besetzenden Gremien ebenfalls der Fall sein soll. Die Grüne/EVP-Fraktion zog das Fazit, das Postulat nicht überweisen zu wollen, da einiges bereits im Gange ist.

**Jürg Vogt** (FDP) weiss natürlich auch, dass einiges im Gange sei. Das Postulat soll jedoch den Anstoss geben, dies endlich zu Papier zu bringen, um endlich eine Zusammenfassung zu haben. Die FDP-Fraktion wünscht einen umfassenden Bericht zu allen Verbesserungsmöglichkeiten bei den Führungsstrukturen. Die Führungsstruktur wurde geändert. Weil man merkte, dass es Probleme und Unsicherheiten gibt, mussten Anpassungen vorgenommen werden. Eine vom Landrat breit abgestützte Lösung wäre toll.

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) begrüsst das Ratsbüro des Grossen Rats Basel-Stadt. Die Delegation wird von Grossratspräsident Heiner Vischer und dem 1. Ratssekretär, Beat Flury, angeführt.

**Pascal Ryf** (CVP) erklärt, die CVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat. Es wurde gesagt, in der Bildungskommission sei über das eine oder andere bereits diskutiert worden. Tatsächlich hat Regierungsrätin Monica Gschwind Handlungsbedarf bei den Führungsstrukturen erkannt. Unter anderem wurden in der Kommission gerade zwei Vorstösse zu Schulleitungskompetenzen thematisiert. Bei dem zur Debatte stehenden Vorstoss geht es nicht nur um Schulleitungskompetenzen, um die Abschaffung oder Beibehalt des Schulrats, sondern um die ganze Linienorganisation. Das

ist eine Schwierigkeit in den Schulen. Ein Beispiel: Ein Timeout ist eine pädagogische Massnahme, die auf Gemeindeebene von einem Schulleiter beschlossen wird. Der Schulrat als strategisches Organ hat jedoch schlussendlich die Entscheidungskompetenz. Hat das Timeout aber finanzielle Konsequenzen, kommt sogar noch ein dritter Player ins Spiel, der Gemeinderat. Es gibt also drei Entscheidungsträger für *eine* pädagogische Massnahme. Dass dies nicht zeitgemäss und ein grosser Konstruktionsfehler ist, ist offensichtlich. Es ist gut, diesen Konstruktionsfehler zu korrigieren. An Jan Kirchmayr, der sich immer für Chancengleichheit einsetzen möchte: Chancengleichheit ist ein veralteter Begriff. Margrit Stamm, Professorin für Erziehungswissenschaften, betont schon seit langer Zeit, dass es um Chancengerechtigkeit gehe. Das gilt auch für Gemeindeschulen: Nicht jede soll dasselbe erhalten, sondern jede das, was sie braucht. Im Sinn der Chancengerechtigkeit ist die Überweisung dieses Vorstosses sinnvoll.

**Ermando Imondi** (SVP) schliesst sich dem Votum von Pascal Ryf an. Als Gemeindevertreter ist dem Redner ein Regiebuch willkommen. Wenn man nicht weiss, wie man vorgehen muss, kann es teuer werden. Die SVP-Fraktion unterstützt dieses und das unter dem nächsten Traktandum behandelte Postulat.

**Andreas Dürr** (FDP) in Richtung SP: Diese plädierte zuvor vehement für Offenheit, alles anzuschauen und keine vorgefassten Meinungen zu haben. Die FDP-Fraktion unterstützte die SP, obwohl die Stossrichtung vom Postulat von Miriam Locher nicht unbedingt im Sinne der FDP ist. Nun möchte die FDP einen umfassenden Bericht zu den Schulstrukturen und wenn es der SP irgendwo nicht ganz passt, heisst es, der Vorstoss sei unnötig, weil man bereits daran arbeite. Nebenbei bemerkt: 50 % der SP-Vorstösse in letzter Zeit behandelten Themen, die sich in Bearbeitung befinden. Es gilt, die Kräfte zu konzentrieren und einen umfassenden Bericht vorzulegen. Dagegen kann auch die SP nicht sein.

**Ursula Wyss Thanei** (SP) hat nichts gegen eine offene Prüfung einzuwenden. Die Rednerin war 20 Jahre lang Schulrätin Kindergarten/Primarschule Oberwil, acht Jahre davon als Präsidentin. Seit 2011 ist sie im Schulrat Gymnasium Laufen. Die Votantin weiss, was ein Schulrat kann und was er können sollte. Eine offene Prüfung, ob der Schulrat zeitgemäss ist und was er kann, ist in Ordnung. Diesem Postulat ist jedoch zwischen den Zeilen eine eher sehr kritische Haltung zu entnehmen. Allein die Frage, ob Kriterien für Schulratskandidierende definiert werden müssen, würde dazu führen, dass man dies bei anderen Gremien wie Gemeinderat und Landrat ebenfalls anwendet. Schliesslich besteht die Anforderung, sein Amt korrekt auszuführen, bei jedem Amt. Zudem ist der Schulrat das einzige Gremium, in dem Schulleitung, Lehrpersonen, auf Stufe Sek II Schülerinnen und Schüler und Behördenmitglieder vertreten sind. Es wird mit der Schule über Schulthemen entschieden. Wird dies einem anderen Gremium übertragen, wird viel mehr über die Schule entschieden, anstatt mit der Schule. Das gilt es unbedingt zu berücksichtigen.

**Roman Brunner** (SP) sagt, dass ein Konstruktionsfehler natürlich überprüft und verbessert werden solle, sofern es diesen denn gebe. Dieser Prozess ist aber bereits im Gange. Das Stadium des Projekts bei der BKSD ist nicht mit dem Stand beim Thema Trägerschaften der Primarschulen vergleichbar. Das wird auch Regierungsrätin Monica Gschwind bestätigen. Zum ergebnisoffenen Bericht: Die FDP fordert einen umfassenden Bericht. Wenn die FDP das Gefühl hat, dass in der Vorlage zum BKSD-Prozess kein umfassender Bericht enthalten sein wird, kennt sie ihre eigene Regierungsrätin schlecht. Aus diesem Grund braucht es dieses und das nächste Postulat nicht. Der Votant versteht diese als Misstrauensvotum gegenüber den Schulräten und den Lehrpersonen, welche in eine Führungsposition aufsteigen möchten und aus demselben Kollegium kommen. Das gilt es nicht zu unterstützen.

**Andreas Dürr** (FDP) muss etwas dazu sagen: Roman Brunner «spürt etwas» und Ursula Wyss «liest etwas zwischen den Zeilen». Zurück zum Titel des Vorstosses von Miriam Locher: Trägerschaft der Primarschulen weg von den Gemeinden, hin zum Kanton. Da muss man nicht zwischen den Zeilen lesen – und dennoch wurde das Postulat überwiesen, weil die ergebnisoffene Prüfung gewollt wird. Das ist Grösse. Die SP liest bei andern zwischen den Zeilen, während sie selbst schon in Überschriften den Hammer auspackt. Die FDP-Fraktion ist offen und bittet darum, dass die SP dies auch ist. Inwiefern Arbeiten schon im Gange sind, ist nicht allen gleich gut bekannt. Die FDP erstellt ihre Vorstösse ohne die Mitarbeit ihrer Regierungsrätin. Natürlich hat die FDP die beste Regierungsrätin – und kommt ein umfassender Bericht, kann dieses Postulat damit wieder abgeschrieben werden. Die SP soll ihre Scheuklappen ablegen und ergebnisoffen sein.

**Marc Schinzel** (FDP) doppelt nach: Dem Vorstoss von Miriam Locher ist eindeutig zu entnehmen, dass sie die Hoheit über die Primarschulen lieber beim Kanton sieht als bei den Gemeinden. Dennoch hat die FDP im Sinne einer Gesamtauslegeordnung zugestimmt. Das ist liberale Offenheit. Die Liberalität könnte nun auch ein wenig bei der SP Einzug halten. Zudem ist es aus gendertpolitischen Aspekten erstaunlich, dass Roman Brunner weiss, was Regierungsrätin Monica Gschwind möchte, obwohl sie bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen.

**Simone Abt** (SP) wird von Personen auf der anderen Ratsseite immer wieder dazu verleitet, Betroffenheitspolitik zu machen. Die Rednerin gibt keine Empfehlung ab, wie mit dem Vorstoss umgegangen werden soll.

Ein Schulrat ist ein politisches Gremium wie ein Landrat, ein Einwohnerrat, ein Gemeinderat oder ein Regierungsrat. Für all diese Ämter gibt es keine Anforderungen, denen die Amtsinhaber genügen müssten, um gut genug zu sein. Die einzigen, der Votantin bekannten Themen, wo sich diese Frage nun stellt, sind Bildungsrat und neuerdings die Schulräte. Sind Bildungs- und Schulräte so viel mehr als Regierungsräte oder Landräte? Nein. Weshalb braucht es denn da auf einmal ein Anforderungsprofil für Milizpersonen? So etwas provoziert und ärgert Simone Abt.

://: Mit 47:37 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

---